

Vorwort

Der zweite Band der Reihe „Forschungen in Appropriate Dispute Resolution“ entstand aus Vorträgen, die auf der „URBAN FUTURE Global Conference“ am 18. und 19. 11. 2014 in drei Streams das Kernthema Kommunikation in Ballungsgebieten aufgegriffen haben. Das Zentrum für Regionalwissenschaften der Karl-Franzens-Universität Graz organisierte zwei der Panels, das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) den dritten.

Der Bogen der Beiträge spannt sich von den demokratiethoretischen Fundamenten zum Einsatz von konsensfördernden BürgerInnenbeteiligungsverfahren aus Sicht der ProzessgestalterInnen.

Die drei Beiträge des ersten Teils beruhen auf der Grundannahme, dass Ballungsräume auf Infrastruktur angewiesen sind. Das können große oder kleine Vorhaben sein, zB Flughäfen, Bahnhöfe, Fernstraßen, Kraftwerke oder die moderate Neugestaltung eines Marktplatzes. Bei einer Entscheidung für oder gegen derartige Projekte sind regelmäßig eine Vielzahl von verschiedenen individuellen und allgemeinen Interessen miteinander und gegeneinander abzuwägen: Eigentumsrechte, Umweltschutz, Wirtschaftsförderung, Projektkosten usw. Viele meinen, dass die Entscheidungsfindung allein nicht mehr den gewählten repräsentativen staatlichen Organen überlassen werden soll. Die BürgerInnen und sog. Non-Profit-Organisationen sollen stärker eingebunden werden, damit der Ausgleich verschiedener Interessen „gerechter“ wird. Das erfordert mehr Transparenz, eine umfassendere Information der Öffentlichkeit sowie Verfahren, die eine „optimale“ und „gerechte“ Interessenberücksichtigung und Entscheidungsfindung ermöglichen.

Vor allem *Wolf Linder* propagiert in seinem Beitrag eine entwickelte politische Kultur, die mit den neuen Formen der Partizipation kreativ umgehen kann. Immer gilt es zu fragen, welche konkreten Rahmenbedingungen im jeweiligen Fall die Stadtplanung erleichtern oder erschweren. Damit sei - so *Harald Stelzer* - die Frage nach der „gerechten Stadt“ eine zutiefst interdisziplinäre Angelegenheit und eine Aufgabe, welche die heutige politische Philosophie fordere und herausfordere. Einen originellen Entscheidungsfindungszugang stellt *Erich Visotschnig* vor, der mit dem Entscheidungsverfahren des Systemischen Konsensierens eine widerstandsorientierte Messmethode in die streitige Lösungsfindung entwickelt hat.

Anknüpfend an die Ergebnisse des ersten Streams ist die nachfolgende Ideenreise an der Richtschnur kooperativer und konsensualer Verfahren orientiert. *Nadja Alexander* holt zwei Best-Practice-Verfahren vor den Vorhang, um die Herausforderung einer Mobilisierung der

Stakeholder für ihr Mitwirken an der konsensualen Entscheidungsfindung vorzustellen. Anhand dieser beiden Beispiele von BürgerInnenbeteiligungsverfahren in der Stadtplanung werden aus Sicht der ProzessgestalterInnen Wirkungsweisen und berücksichtigungswürdige Maßnahmen offengelegt und konkrete Ergebnisse dargestellt. Der auf diese Weise eröffnete Spannungsbogen umfasst in dem von *Wolfgang Pfefferkorn* und *Michael Emmenegger* vorgestellten Projekt einer innerstädtischen Platzgestaltung die Arbeit in Form von beteiligungsoffenen Moderationsprozessen bis zur Konsensfindung innerhalb bestehender Machtstrukturen. Demgegenüber stellen *Susanne Delle Karth* und *Sabine Volgger* einen partizipativen Prozess vor, in dem ein städtisches Leitbild durch FachexpertInnen und BürgerInnen des „Grätzels“ im Sinne einer wohlfeil gestalteten Good-Governance-Initiative entwickelt wurde. Wir freuen uns aber auch, dass wir in diesen Abschnitt zudem einen wahrlich zukunftsweisenden Beitrag aufnehmen dürfen, der bei urban future nicht referiert wurde. *Ursula Seethaler* greift die Idee des Internets als Kommunikationsplattform auf, deren legitimatorische Wirkung sie in demokratisch gestalteten Online-Beteiligungsprozessen als manifestiert und fruchtbringend einschätzt.

Einen weiteren Perspektivenwechsel nehmen wir im dritten Teil vor. Nun geht es um die Ambitionen der Verwaltung, die Beteiligungskonzepte entwerfen, mitgestalten sowie sich um deren Verankerung im städtischen Raum bemühen. Den Anfang macht *Stephanie Bock*, die mit ihrem Beitrag den Themenschwerpunkt quasi aufreißt und eine Lanze für die Kommunen bricht, die mutig eine eigene Beteiligungskultur entwerfen, erproben und umsetzen. *Joachim Hahn* und *Michèle Bernhard* zeigen ein diesbezügliches Beispiel über die verbindlichen Leitlinien für mitgestaltende BürgerInnenbeteiligung der Stadt Heidelberg. *Monika Kunz* berichtet von der täglichen Arbeit in Saarbrücken, die in vielen Bereichen von einem „echten“ Miteinander getragen ist. Sie warnt davor - das gilt es trotz aller partizipatorischer Euphorie hervorzuheben – die Anstrengungen für die Betroffenen bei einer Beteiligung an der lokalen Politik zu unterschätzen. In einem finalen Beitrag zeigt schließlich *Nils Jonas*, dass es nicht unbedingt eines bis ins kleinste Detail geregelten Konsensprogramms braucht, um wertvolle Beteiligungsarbeit initiieren zu können. Wohl aber kommt er zum Ergebnis, dass eine entsprechend formalisierte Beteiligungssatzung erforderlich ist.

Bevor nun der Blick auf die Beiträge endgültig freigegeben werden soll, gilt es Dank zu sagen. Wir danken ganz herzlich für die Unterstützung im Lektorat bei Herrn cand. iur. *Lukas Fellingner*, Frau *Livia Friedl* und Herrn Univ. Ass. Mag. *Matthias Zußner*. Herrn Univ.-Prof. Dr. *Peter Scherrer*, Vizerektor für Forschung an der Universität Graz, danken wir für die

finanzielle Unterstützung zur Drucklegung dieses Bandes. Zu Dank verpflichtet sind wir schlussendlich auch dem Verlag Österreich, in Person von Herrn Dr. *Otto Kammerlander* und Herrn Ing. Mag. *Karim Ernst Karman* für die Fortführung dieser Reihe.

Sascha Ferz, Hanna Salicites & Stefan Storr

Die HerausgeberInnen, Karl-Franzens-Universität Graz